



ERKLÄRUNG

der Stadtsynode der Evangelischen Kirche in Frankfurt und Offenbach

15. September 2021

GUTE ARBEIT STATT AUSBEUTUNG

Die Evangelische Kirche in Frankfurt und Offenbach und die Katholische Stadtkirche Frankfurt machen auf den wachsenden Skandal unwürdiger und ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse aufmerksam, die als prekäre Beschäftigung bezeichnet werden. Sie setzen sich damit ein für Menschen, die so schlecht bezahlt werden, dass damit für sie und ihre Familien kein auskömmliches Leben möglich ist.

Gerade auch das zurückliegende von Corona geprägte Jahr hat wie durch ein Brennglas aufgezeigt, dass es in unserem Land Menschen gibt, die trotz Arbeit in sehr prekären Verhältnissen leben müssen. Die schlagzeilenträchtigen Skandale in der Fleischindustrie sind dabei nur die traurige Spitze des Eisbergs. Diese Fälle machten schmerzhaft deutlich, wie drängend dieses Problem ist.

Nicht nur in den Unterküften der Fleischindustrie, sondern auch direkt neben uns in den Stadtteilen und Quartieren leben Menschen mit zu geringem Einkommen. Trotz Vollzeitjob ist für viele das Existenzminimum nicht gesichert und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt. Besonders auffällig ist: Der Anteil der Menschen, die neben ihrem Vollzeitjob auch noch einem Zweitjob oder einer Nebentätigkeit nachgehen müssen, um über die Runden zu kommen, wächst.

Dies gilt z.B. für viele Menschen, die im Gast- und Reinigungsgewerbe arbeiten oder unsere Pakete ausliefern. Auch im Baugewerbe werden die Mindeststandards immer wieder unterlaufen, z.B. durch Auslagerung der Arbeit in Subfirmen.

Selbst eine tarifliche Bezahlung und der aktuelle Mindestlohn schützen nicht immer davor, dass diese schon geringen Vergütungen durch Manipulation der Arbeitszeit, überhöhte Berechnungen von Unterkunft- oder Verpflegungskosten oder anders unterlaufen werden.

Vermeehrt wird auch die sogenannte „Plattformökonomie“, bei der über Internetdienste und Apps Dienstleistungen vermittelt werden, für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse ausgenutzt.

Niedriglöhne in Dienstleistungsbranchen sind möglich, weil durch rücksichtslosen Eigennutz und Habgier erlangter Erfolg bei uns nicht genügend geächtet, sondern oft mit Gleichgültigkeit und manchmal sogar mit Bewunderung quittiert wird.

Vor allem in den Branchen, wo kaum jemand so genau hinschaut, ist Ausbeutung an der Tagesordnung. Arbeit unter solchen Bedingungen ist deshalb so billig, weil sie zunehmend in gewerkschaftlich unorganisierten, sozial isolierten und oft irregulären Verhältnissen stattfindet.

Eine Voraussetzung für Veränderung ist unter anderem, dass Christ*innen zusammen mit anderen Menschen guten Willens sich an der „Goldenen Regel“ orientieren: „Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst.“

Jesus Christus formuliert sie in der Bergpredigt folgendermaßen: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun, das tut auch ihnen! Darin besteht das Gesetz und die Propheten.“ (Mt.7,12) Als Christ*innen wollen wir deshalb hinsehen, Solidarität üben und Möglichkeiten zur Veränderung benennen und nutzen. Jeder Mensch sollte sich fragen, ob es immer der niedrigste Preis sein muss; gerade dann, wenn dieser erkennbar unter unwürdigen und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zustande gekommen ist.

Erst wenn wir - jeder einzelne Mensch und wir als Gesellschaft insgesamt - bereit sind, für Güter und Dienstleistungen einen angemessenen – und nicht immer den niedrigsten - Preis zu bezahlen, wird Solidarität wirklich konkret.

Die Anforderungen, die wir stets an die Arbeit stellen, müssen auch für prekäre Beschäftigungsformen gelten. „Gute Arbeit für alle“ ist das Ziel!

Das bedeutet, die Menschen in den Blick zu nehmen, die unter unwürdigen Bedingungen arbeiten müssen. Jede Art von Arbeit ist wichtig, auch die Arbeit von Menschen mit keiner oder geringer Qualifikation. Dem Apostel Paulus zufolge ist das geringste und schwächste Glied am Körper nicht hoch genug zu schätzen, wenn es um die Funktionsfähigkeit des gesamten Körpers geht. Wenn ein Glied leidet, dann leiden auch die anderen Glieder mit (1.Kor.12, 26a). Dieses Bild des Paulus, mit dem er die christliche Gemeinde beschreibt, sehen wir auch als Vorbild für die gesamte Gesellschaft. „Gute Arbeit für alle“ ist das Ziel!

Gewerkschaften, Parteien und viele Initiativen entwickeln gute und sinnvolle Ideen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Forderungen wie zum Beispiel ein armutsfester Mindestlohn (aktuell mindestens 12,50 € brutto pro Stunde), vermehrte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und schärfere Kontrollen der Arbeitsschutzvorschriften finden unsere besondere Unterstützung.

In der Zeit der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass die Auslagerung von Tätigkeiten mittels Werkverträgen der Ausbeutung von Menschen Tür und Tor öffnet. Werkverträge dieser Art sind zu verbieten; ebenfalls sind Arbeitnehmer*innen in der Plattformökonomie in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung zu integrieren und die Plattformbetreiber an der Finanzierung zu beteiligen.

Aufgabe der Kirchen ist es, auf Ursachen und Auswirkungen von Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen und sich an die Seite der Armen zu stellen. Wir rufen jeden einzelnen Menschen in die Verantwortung, das eigene Verhalten – auch als Konsument*in - kritisch zu hinterfragen. Immer mit dem Gedanken: „Gute Arbeit für alle!“